

lung der Nationalversammlung mit dem Rätssystem anstreben, war das — nach Lenins Meinung — „Blödsinn“ wie die „friedliche Vereinigung“ der Diktatur der Bourgeoisie mit der Diktatur des Proletariats.³⁵

Auf dem Ersten Reichsrätekongreß Mitte Dezember 1918 fiel die Entscheidung zugunsten des bürgerlichen Parlamentarismus gegen die Rätemacht. Gegen eine Minderheit aus Spartakusmitgliedern, Linksradikalen und linken Unabhängigen stimmte der Kongreß dafür, die Macht an eine zu wählende Nationalversammlung zu übertragen. Als Wahltermin wurde der 19. Januar 1919 bestimmt. Zugleich entmannte sich der Rätekongreß dadurch vollends, daß er „bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten“ übertrug.³⁶ Damit hatte die Reaktion auf staatsrechtlichem Gebiet gewonnen. Die Vertreter der Massen hatten die volksfeindlichen Kräfte zur Verhinderung demokratischer und sozialistischer Umgestaltung legitimiert. Die Verantwortung dafür trugen die rechten Sozialdemokraten, denen es gelungen war, ihre konterrevolutionäre Haltung vor den Massen zu verbergen und die Illusion zu erzeugen, daß auch durch eine bürgerlich-parlamentarische Entwicklung eine sozialistische Zukunft Deutschlands gesichert werden könne.

Damit war der Weg frei für eine parlamentarisch-demokratische Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie. Die Rätemacht hätte demgegenüber eine qualitative Veränderung der Demokratie insofern beinhaltet, „daß die vom Kapitalismus Geknechteten, daß die werktätigen Klassen in einem in der Welt noch nie gesehenen Maße die Demokratie tatsächlich ausnutzen ... Das Rätssystem in Deutschland und andere analoge Sowjetinstitutionen in anderen Ländern, sie alle bedeuten und verwirklichen eben für die werktätigen Klassen, d. h. für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, eine solche praktische Möglichkeit, sich der demokratischen Rechte und Freiheiten zu bedienen, wie es sie noch niemals auch nur annähernd in den besten und demokratischsten bürgerlichen Republiken gegeben hat.“³⁷

Die Erfahrungen der Novemberrevolution belegen: *Revolutionäre Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten muß den bürgerlichen Parlamentarismus überwinden. Der neue Inhalt der Macht bedarf neuer Formen. Die Entscheidung für den bürgerlichen Parlamentarismus, für die Weimarer Nationalversammlung, war die Entscheidung für eine in Inhalt und Form gegenrevolutionäre staatliche Macht.*

Räte und Armee

Innerhalb der Bemühungen, die kaiserlich-imperialistische Staatsmaschinerie zu erhalten, kam dem militärischen Apparat besondere Bedeutung zu. Wichtige Schritte dazu waren die Vereinbarungen Eberts mit General Groener als Vertreter der Obersten Heeresleitung zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Revolution am 10. November 1918, die Wiederherstellung der Befehlsgewalt der kaiserlichen Offiziere durch Verordnung der Regierung vom 12. November 1918 sowie die damit verbundenen gemeinsamen Anstrengungen von Oberster Heeresleitung und Rat der Volksbeauftragten, um den Einfluß der Soldatenräte zurückzudrängen und sie zu einflußlosen Elementen des Militärapparates zu machen.³⁸ Die Absprachen zwischen Ebert und Groener bezweckten „die restlose Bekämpfung der Revolution, Wiedereinsetzung einer geordneten Regierungsgewalt, Stützung dieser Regierungsgewalt durch die Macht einer Truppe und baldigste Einberufung einer Nationalversammlung“.³⁹ Zu diesem Zweck sollten zehn zuverlässige Divisionen Berlin besetzen, um die Räte und die revolutionären Kräfte niederzuwerfen. Alle diese Maßnahmen hatten zur Folge, daß die militärische Macht in den alten Händen verblieb, der militärische Machtapparat

und seine obersten Organe weiter existierten und gegen die Revolution arbeiteten.

Diese Maßnahmen waren begleitet von Schritten gegen die revolutionären Forderungen nach Bewaffnung der Massen, nach Übernahme der militärischen Kommandostellen durch die Räte, wie sie vor allem vom Spartakusbund gefordert wurden. Die vielerorts entstandenen bewaffneten Organe der Arbeiter- und Soldatenräte, meist Rote Garden genannt, wurden im Verlaufe dieser Politik mehr und mehr zurückgedrängt bzw. wieder aufgelöst.

In dem Maße, wie rechte Sozialdemokraten in den Arbeiter- und Soldatenräten eine führende Rolle spielten, trugen sie selbst zu ihrer Entmachtung gegenüber dem alten Militärapparat bei. So hatte der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte bereits am 13. November 1918 einen Beschluß über die „Neuregelung der Befehlsgewalt“ herausgegeben. Darin hieß es: „Um die Ernährung, die Demobilisierung und alle anderen Angelegenheiten des militärischen Lebens nicht in vollkommene Unordnung geraten zu lassen, hält es der Vollzugsrat für unbedingt nötig, daß die Befehlsgewalt der militärischen Stellen, gleichgültig, ob sie von früheren Offizieren unter dem Beisein von Soldatenräten oder von sonstigen Räten allein gehandhabt werden, in der alten Weise — wenigstens vorläufig — aufrecht bleibt“. Der Soldatenrat „wird sich aber, da der Kommandant wegen seiner Erfahrungen sicher imstande ist, die Dienstgeschäfte ohne große Hilfe zu führen, vor allen Dingen damit begnügen, die Kontrolle darüber auszuüben, daß die sozialen Errungenschaften der Revolution trotz des Verbleibens eines früheren Offiziers voll gesichert bleiben.“⁴⁰ Damit war auch von seiten des Vollzugsrates die faktische Befehlsgewalt der Militaristen wieder voll hergestellt und die Funktion der Soldatenräte auf eine unbestimmte Kontrolle reduziert. Karl Liebknecht bezeichnete diese Wiederherstellung der Kommandogewalt als einen „Axthieb in das Mark der Revolution“, als einen wichtigen Faktor für die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Konterrevolution.⁴¹

Im Spartakusprogramm vom 14. November 1918 war davon ausgegangen worden: „Die imperialistische Kapitalistenklasse ... wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht auf Ausbeutung, mit Zähnen und mit Nägeln ... verteidigen. All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust, mit rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden. ... Den drohenden Gefahren der Gegenrevolution — die Bewaffnung des Volkes und die Entwaffnung der herrschenden Klassen.“⁴² Immer wieder wurde daher eine proletarische Rote Garde zum Schutz der Revolution gefordert.⁴³

Die heldenhaften Kämpfer der deutschen Arbeiterklasse hatten in den revolutionären Kämpfen 1918/19 erfahren müssen: *Revolutionäre proletarische Macht kann nur als bewaffnete Macht entstehen. Sie ist so stark, wie sie in der Lage ist, den imperialistischen Gegner zu entwaffnen und die revolutionären Aktionen der Massen zuverlässig auch mit Waffengewalt zu schützen.*

Räte und Gesetzlichkeit

Die Niederlage der Rätebewegung in der Novemberrevolution, die Unterordnung der Räte unter den alten imperialistischen Staatsapparat, ihre Abdankung gegenüber der bürgerlich-parlamentarischen Weimarer Nationalversammlung hatte zur Folge, daß die Räte eine ihrer wichtigsten revolutionären Aufgaben und Wesensmerkmale nicht realisierten: als revolutionäre Macht der Arbeiterklasse das überkommene imperialistische Recht und die bürgerliche Gesetzlichkeit aufzuheben und ein neues, revolutionäres Recht und eine proletarische Gesetzlichkeit Schritt für Schritt ins Leben zu rufen. Der Einfluß der rechten